

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3468. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Inserate werden die 6spaltige Feilzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Nr. 277.

Dresden, Montag den 30. November 1908.

19. Jahrg.

## Auf zum Massenprotest! In die Volksversammlungen am Dienstag!

### Das neue Arbeitskammergesetz.

Der so ziemlich einstimmige Widerspruch gegen den ersten Entwurf über ein Gesetz zur Errichtung von Arbeitskammern hat Herrn von Bethmann-Hollweg veranlaßt, ein neues Gesetz auszuarbeiten, das er nun dem Reichstage vorgelegt hat. Und es ist nicht verwunderlich, daß der neue Entwurf sich in wesentlichen Punkten vorteilhafter von den früheren unterscheidet, Herr von Bethmann wenigstens einige der Einwände berücksichtigt hat, die von den bürgerlichen Parteien, soweit diese überhaupt für die Schaffung von Arbeitskammern sind, erhoben wurden. So vor allem sind die Kammern nun nicht mehr abhängig von den Berufsvereinigungen, also von Unternehmer-Organisationen gemacht. Denn bekanntlich sollten nach dem ersten Entwurf die Berufsvereinigungen die Rollen zu spielen haben, nun sollen diese von den Gemeinden ausgesetzt werden, in welchen sich Betriebsräte bilden, die in den Kammern vertreten werden. Diese Betriebsräte sind aber nicht mehr von der Arbeitgeberseite, sondern von der Arbeitnehmerseite her zu bilden. Die Gemeinden sollen aber berechtigt sein, durch Ortsräte zu bestimmen, daß die nach dem Verteilungsplan für die verschiedenen Gemeinden auf sie entfallenden Kostenanteile von den Inhabern der in der Gemeinde gelegenen Betriebsstätten und denjenigen beteiligten Arbeitnehmern zu übernehmen werden, welche in der Gemeinde in Wohnstätten sind. Die einzelnen Unternehmer und die einzelnen Arbeiter sollen also zu den Kosten herangezogen werden können! Diese Art der Kostenregelung ist zwar weder so einfach, noch empfehlenswert, aber wenn man die Einrichtung selbst nicht ablehnen möchte, könnte man sich schließlich damit vertrauen lassen. Auch das Wahlverfahren ist wesentlich verbessert worden. Während nach dem ersten Entwurf die Arbeitgeber die Arbeitskammern von den Mitgliedern der Betriebsräte wählen sollten, werden nun die Arbeitervertreter in den Ausschüssen der Berufsvereinigungen und die Unternehmervertreter von den Vorstandsmitgliedern der Berufsvereinigungen gewählt werden sollen, sind nach der neuen Vorlage wahlberechtigt und wählbar alle Deutschen beiderlei Geschlechts, die über 25 Jahre alt, im Bezirke der Kammer tätig sind und denjenigen Gewerbezweigen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für die die Arbeitskammern errichtet sind. Wählbar sind aber nur diejenigen Wahlberechtigten, die über 30 Jahre alt sind und mindestens ein Jahr dem Gewerbebezirke angehören, für den die Arbeitskammer errichtet ist. Dieses Wahlverfahren ist, wie bereits bemerkt, eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem ersten Entwurf. Aber der Reichstag, dessen Mitglieder mit 25 Jahren die wahlberechtigte Klasse für das Reich machen, würde sich ja selbst ausschließen, wenn er dem zustimmte, daß ein Arbeiter oder Unternehmer mit dem dreißigsten Lebensjahre erst das Wahlrecht erhalte, Gutachten erstatten oder in einem Einigungsverfahren zwischen Arbeiter und Unternehmer mitwirken zu können! Diese Altersgrenze für die Wählbarkeit ist nachlässig übersehen. Die meisten Arbeiter in den Fabriken sind unter 30 Jahre, in diesem Alter sind die Arbeiter auch noch am wenigsten fähig, weil meistens noch unverbildet, unter ihnen befinden sich viele, die gerade das Vertrauen der Arbeiter genießen — und ohne dieses Vertrauen ist kein Einigungsverfahren denkbar. Viele Unternehmer sind noch nicht 30 Jahre alt und letzten Jahren mit Hunderten oder Tausenden von Arbeitern — und sie alle sollten nicht die Rechte besitzen, Befehliger in einer Arbeitskammer zu sein? Nicht minder zu verwundern ist aber auch die Altersgrenze von 25 Jahren für die Wahlberechtigung. Ein sehr großer Teil der Arbeiter und vor allem auch der Arbeiterinnen wird dadurch vom Wahlrecht ausgeschlossen, diese Frauen in den Betrieben der Arbeitskammer nicht ihre Vertreter wählen und damit fällt für sie auch jedweder Grund weg, die Arbeitskammer in einem Streitfall als Einigungsamt anzurufen!

Der Organisationsplan hat das volle Vertrauen ihrer Auftraggeber, und ohne dieses Vertrauen sind Einigungsverfahren überhaupt unmöglich. Solche Einigungsämter setzen daher auch die volle Anerkennung der Arbeiter-Organisationen durch die Unternehmer voraus — und diese fehlt in Deutschland noch bei einem großen Teil der Großindustrie. Wo aber nicht einmal ein Gewerbergericht besteht — und nur in diesem Falle soll ja die Arbeitskammer als Einigungsamt angerufen werden können — da ist es in der Regel auch mit den Organisationen oder mit der Anerkennung derselben durch die Unternehmer noch schlecht bestellt! Ähnlich ist es mit den Gutachten. Die Auffassung der Arbeiter über eine Frage, zu der ein Gutachten eingeholt werden soll, ist in der Regel ganz anders, meist entgegengesetzt, als die der Unternehmer; eine Einstimmigkeit dürfte bei solchen Entscheidungen wohl selten zustande kommen. Heute werden die Gutachten der Unternehmer bei den Handelskammern, Gewerbekammern, Landwirtschaftskammern und Landwirtschaftskammern eingeholt, will so erwirkt man Arbeiterkammern, in denen allein die Verhandlung und das Interesse der Arbeiter zum Ausdruck gebracht werden können! Auch diese Arbeiterkammern sind aber nicht möglich ohne Verbindung mit den Arbeiterorganisationen.

Was aber das Korrespondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands zu dem ersten Entwurf eines Arbeitskammer-Gesetzes schrieb, gilt auch, trotz aller Verbesserungen, für die jetzige Vorlage: „Hinweg mit einem solchen Konstrukt, welches die gewaltigen sozialen Kräfte des Volkes in eine bürokratische Zwangsjacke einzuschließen sich vermischt. Dafür Raum für die freie Meinungsäußerung der deutschen Arbeiter, wirkliche Organe der gesamten Arbeiterklasse nach demokratischem Wahlrecht und nach der Verwirklichung nicht durch engstirnige bürokratische Geschäftsführung und Beaufsichtigung gebremst ist, sondern dem eigenen Drang folgend an der Weiterentwicklung der sozialen Bewegung mitarbeiten kann. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verwerfen das wilsonische Zwangsmaßwerk; sie verlangen, daß die wirkliche Partei mit dem Unternehmertum durch Gewählung von Arbeiterkammern neben den bestehenden Unternehmerkammern gewählbar werde.“

### Der Rassenkampf in Prag.

Wien, 29. November.

— So unbegreiflich das dem Auslande klingen mag, so mehr wahr ist es, daß die politische Lage in Oesterreich jetzt ausschließlich von den Prager Krawallen beherrscht wird. Ein halbes Duzend erschauenswerter Agitationen und ihr Anhang machen bei uns Regen und Sonnenschein. Den Gegenstand über dessen gelogt das Lebensobjekt ihrer demagogischen Künste bilden die Studenten der deutschen Universität in Prag. Man muß da schon zu den wichtigsten Hindernissen hinabsteigen. Die Prager Studenten haben den Brauch, mit ihren bunten Gruppen um 12 Uhr mittags auf dem Graben, der deutschen Insel in Prag, zu humpeln. Was man dem Verbindungsstudententum noch so abhold sein, das Recht spazieren zu gehen haben sie wie jeder andere Mensch. Aber in Prag werden seit anderthalb Monaten hässliche Schlächen ausgeführt, um das Bummeln gewaltsam zu unterdrücken, wobei die Köpfe der Studenten, Hemden und Anzüge an deutschen Häusern daran glauben müssen. Die Polizei, gleichfalls nationalisiert, unterstützt die Demonstrationen, man zieht deshalb Sonntag für Sonntag Gendarmen in die Stadt. Ähnlich ist der jämmerliche Handel zu einer Angelegenheit des tschechischen Volkes geworden. Ihre Abgeordneten bestärken die Regierung, den Bummel zu verbieten. Noch der gewesene Ministerpräsident Bed hatte sich mit der dornigen Frage zu befassen. „Was kann ich tun? so sagte er ungefähr. Ich bin kein Schwärmer für das Couleurewesen. Aber leben wir in den Zeiten der Kleiderordnung, daß ich jemand verbieten könnte, eine so oder so gefärbte Hüte zu tragen? Die Wiener haben noch nie einen tschechischen Studenten geprügelt, obwohl diese sogar nationale Hüte tragen. Und wie kann ich den Bummel unterjagen? Auch die weltweite Auslegung des Vereinsgesetzes macht noch keine Veranlassung unter dem freien Himmel“ aus einem Spaziergang vor dem Frühkloppfen. Ob aber die jungen Herren konzentriert statt zu studieren, das hämmert ihre Eltern, nicht den Minister. Ich kann nicht zu den Karlsbader Beschlüssen zurückkehren. ...

Westen haben sich allerdings die Herren Klotz und Genossen in Prag selbst überboten. Die deutsche Kede- und Leichhalle hält ihr 60jähriges Jubiläum. Studenten aus Deutschland und Deutsch-Oesterreich, Berliner, Straßburger und Wiener waren als Gäste zur Feier dieses Ereignisses erschienen. Sie führten nun wie üblich zur Festversammlung in Dörfchen. Das war also nicht einmal ein Bummel. Doch 200 tschechische Studenten, und sonstige jugendliche tschechischer Intelligenz, dazu die gewöhnlichen Kabaussmacher überfielen die Wagen, stießen die Pferde, schlugen auf die Insassen los, bewarfen sie mit faulen

Eiern und Kartoffeln. Die Feste war tags vorher angelegt, Abends wiederholten sich die Vorgänge beim Festkommers. Man fragt, warum das geschieht? Nun könnte man zur Rechtfertigung der tschechischen Nationalisten anführen, daß Völker, die sich nicht verteidigen können, eben einander ausweichen sollen. Allein gerade die tschechischen Nationalisten widerstreben am heftigsten dem sozialdemokratischen Programm der Zweiteilung der tschechischen Hauptstadt ihre Landeshauptstadt sehen, wo sich alle ihre Kulturinstitute — ohne jeden Nutzen für das eigene Volk — befinden, und in dieser Stadt nicht laut deutsch reden! Erregte Zeiten sind, auf der Gasse nicht laut deutsch reden! Die beiden deutschen Völker, die in der Stadt erscheinen, sind unter Verruch gestellt. Die Cafehäuser, die sie auflegen, die Privatleute, die sie — als Deutsche in tschechischen Provinzorten — halten, werden öffentlich in der Presse gebrandmarkt, und den „Volksgeossen“ wird verboten, bei solchen Leuten Einkäufe zu machen. Die Postbeamten, ebenfalls tschechische Nationalisten, steifen den tschechischen Blättern die Adressen. Und selbst Dedeblat oder die Bohemia, bei dem Manne darf nicht gelaust werden, er benutzt seinen Vater (Dnsel, Mutter und so fort) als Dedadresse.

Und nun stelle man sich vor, daß unter solchen Umständen Deutsche und Tschechen ein gemeinsames Ministerium bilden sollen. Die vernünftigen Tschechen — auch die bürgerlichen Parteien Angehörigen — ärgern sich und schämen sich des Treibens. Doch sie sind machtlos, Ersatzwahl für Ersatzwahl sollen ihnen die Mandate ab. Endlich lassen sie sich, eingeschüchert, gänzlich von den reinen Nationalisten, den sogenannten „Nationalsozialen“, leiten. Das äußert sich auch in der Reichspolitik. Klotz und seine Delegationen wagten die Tschechen noch den eigenen Weg zu gehen. Heute ist es auch damit vorbei. Klotz ist deshalb die Befähigung im Abgeordnetenhaus ausgefallen. In seiner Kede auf den Kaiser durfte der Präsident nur die Wahlreform erwählen, nicht die Verlegung der Verfassung — da die Tschechen gegen den Einheitsstaat sind —, nicht Bosnien — da Herr Prager wünscht, daß Serbien das ehemals türkische Gebiet besetze. Da nun Sozialdemokraten, Deutschradikale, alldemtsche und tschechische Nationalsozialen ohnehin fehlten, hätte das Kabinetler der gemäßigten Tschechen und der tschechischen Agrarier das ganze Zentrum des Saales entleert. Unter solchen Umständen hat Klotz seine „gemilde“ Politik ins Werk gesetzt. Ob mehr aus Leichtfertigkeit oder aus Unwissenheit? Und in der neueren Politik? Nimmt man zu dem eben Gesagten den Widerspruch der bürgerlichen Deutschböhmern gegen die Errichtung von Volksschulen für tschechische Kinder im deutschen Gebiete Böhmens, so bekommt man ein Bild der inneren Herkennung, das nicht mehr überboten werden kann.

Im Anschlusse an die Ausführungen unseres h. Mitarbeiters verzeichnen wir die folgenden Meldungen:

Wien, 29. November. Die Neue Freie Presse meldet aus Prag: Bei der Rückfahrt der deutschen Studenten von der Leichhalle kam es zu erneuten Ausschreitungen. Die tschechischen Studenten fielen den Herden des Bogen der Gendarmen der Verbindung „Neuländer Kollegentag“ mit einem unbeschreiblichen Geheul in die Jagd, trugen auf die Krüden und schlugen auf die Studenten los. In der Demnichstraße wurden die deutschen Studenten mit faulen Eiern beworfen. Dem Studenten Löwenthal, Obmann der freien wissenschaftlichen Vereinigung der Berliner Hochschulen, und anderen Studenten wurde wiederholt ins Gesicht geschlagen. Einem Wiener Studenten wurde ein juristischer Studierhut über den Hinterkopf verlegt. Die verhassten tschechischen Studenten wurden von der Menge wieder befreit. An den Ausschreitungen waren zum großen Teil tschechische Studenten beteiligt, die an ihren rot-schwarzen Hüten kenntlich waren.

Prag, 29. November. Auf Weisung des Auswärtigen Amt in Berlin hat sich heute nachmittag der Sekretär des tschechischen Generalkonsulates zu den Vertretern der freien wissenschaftlichen Vereinigung an den Berliner Hochschulen begeben, um sich eingehend danach zu erkundigen, was für Vorgänge sich gestern ereignet haben und ob tatsächlich tschechische Studenten beleidigt und tätlich angegriffen worden seien. Nachdem dies bejaht worden war, wurde sofort telegraphisch dem deutschen Generalkonsulat ein ausführlicher Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin abgeleitet.

Wien, 29. November. Ueber die heutigen Vorgänge in Prag meldet die Neue Freie Presse: Bei der heutigen Promenade der deutschen Studenten auf dem Graben kam es wieder zu großen Ausschreitungen der Tschechen, bei denen deutsche Studenten insuliert und mißhandelt wurden. Um 12 Uhr mittags wurde bei dem Gekläne der Landeshauptbank der Korben der Gendarmen durchbrochen und die Studenten angefallen. Ein tschechischer Schüler erhielt einen Schlag auf den Kopf, durch den der Schädelknochen zertrümmert wurde. Auf dem Weg zum Platz wurde ein tschechischer Knabe vom Schädelknochen eines tschechischen Studenten getroffen und verletzt. Der Student Ernst Bell aus Straßburg erlitt Verletzungen an Kopf und Händen. Auch ein Redakteur der Bohemia wurde insuliert. Die Ausschreitungen dauerten am Abend noch fort. Die Polizei erweist sich machtlos. Bei den Ausschreitungen am Vormittag wurde militärische Hilfe in Anspruch genommen.

Prag, 29. November. Die Ausschreitungen nahmen einen anti-böhmischen und anti-tschechischen Charakter an.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat also auch da, wo er glaubte, „berechtigten Wünschen entgegenzukommen“, kein großes sozial-politisches Verständnis gezeigt. Sowohl die Ausbringung der Mittel als auch das Wahlrecht sind von recht kleinlichen, pharisäischen, engstirnigen Anschauungen diktiert. Und die diesbezüglichen Bestimmungen sind noch das beste an dem ganzen Entwurf! Zwar ist der Kreis von Arbeitern erweitert worden, die unter das Gesetz fallen sollen, indem nun auch die Handwerkerbetriebe hinzugezogen sind. Aber alle Arbeiter im Handel und Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei und Schiffererei, im Eisenbahnbetrieb usw. bleiben ausgeschlossen. Und das Gesetz wird überhaupt ein totes Gebotnis bleiben, falls es im Reichstage eine Mehrheit finden sollte, was noch sehr zweifelhaft ist. Denn weder die Arbeiter noch die Unternehmer verpflichten sich etwas von dieser Einrichtung!

Die Vorbereitung jedes Einigungsverfahrens bei Streit sind gute Organisationen. Wenn in England und Australien Einigungsämter möglich sind, so nur deshalb, weil die Arbeiter und die Unternehmer starke Organisationen haben. Und die Vertreter dieser Organisationen sind es auch, die sich zum Einigungsverfahren zusammenfinden. Diese Vertreter